

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305

FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 180

Aachen, den 26.09.2012

Mehr Sozialstaat und Demokratie durch Vermögensteuer

Die Fraktionen von SPD und DIE LINKE im Städteregionstag Aachen sind sich darin einig, dass Reichtum gerechter verteilt werden muss. In ihrer gemeinsamen Resolution sprechen sich beide für die Wiedererhebung der Vermögensteuer aus und rufen die Städteregion auf, sich in der Sitzung am 27.09.12 dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ anzuschließen.

Seit der faktischen Abschaffung der Vermögenssteuer im Jahr 1997 klafft die Schere zwischen Vermögenden und Armen immer weiter auseinander. Weitere Steuersenkungen trieben die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf neue Rekordhöhen. Die Konsequenzen sind Sozialabbau, eine Verschlechterung der Infrastruktur und die finanzielle Ausblutung des Gemeinwesens im Allgemeinen.

Dagegen stellt sich das parteiübergreifende Bündnis aus Vertretern von CDU, SPD, Grünen und DIE LINKE, das die Aktion „Vermögenssteuer jetzt“ unterstützt und zur zukünftigen Versteuerung des Vermögensbesitzes aufrufen will. Ein bundesweiter Aktionstag dazu findet am 29.09.2012 in vielen deutschen Städten statt (www.umfairteilen.de). Unter dem Slogan „Umfairteilen - Reichtum besteuern“ fordern sie neben der Vermögenssteuer zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe.

„Die Rettungspakete der letzten Jahre bewahrten Reiche vor größeren Verlusten ihrer Vermögen. Sie an die Finanzierung der Krisenfolgen heranzuziehen, ist angemessen“, findet auch Harald Siepman, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag.

Er führt aus: „Schließlich kommt Vermögensteuer als Ländersteuer auch den klammen Kommunen zugute, beispielsweise über eine höhere Schlüsselzuweisung.“ Eine sozial gerechtere Umverteilung erhält den Sozialstaat, korrigiert den ungezügelten Zuwachs privater Vermögen und stärkt damit auch die Demokratie im Lande.

Anja Linz